

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

Hilfe benötigt

Genf (spk) Die rasche medizinische Hilfe in Grossbritannien für die fünfjährige Irma aus Sarajevo hat das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) ermutigt, auf weitere 41 Kinder und Erwachsene hinzuweisen, die teils schwer verletzt auf eine Behandlung im Ausland warten. UNHCR-Sprecherin Sylvana Foa nannte am Dienstag in Genf das Beispiel des elf Jahre alten Edhem, der von Splittern getroffen wurde und dringend eine Prothese braucht.

Palästinenser-Machtkampf

Tunis (spk) Ein Machtkampf zwischen Mitgliedern der palästinensischen Verhandlungsdelegation und der PLO stellt die Friedensgespräche zwischen Arabern und Israelis in Frage.

Gegen Gedenkmarsch

Erfurt (spk) Erfurt in Thüringen hat alle für das Wochenende erwarteten Versammlungen zum Gedenken an den Todestag (17. August 1987) des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess verboten. Damit soll verhindert werden, dass es in Thüringen noch einmal zu einem derartigen Aufmarsch von Neonazis kommen kann, wie im vergangenen Jahr in Rudolstadt (etwa 2000 Rechtsradikale).

Neue Rolle für den Europarat in einem veränderten Europa

In zwei Monaten findet in Wien das erste Gipfeltreffen der Europaratsmitglieder statt – Bedeutung des Treffens für die kleinen Staaten

(G.M.) – In zwei Monaten, anfangs Oktober, treffen sich die Staats- und Regierungschefs des Europarats auf Einladung des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky zu einem Gipfeltreffen. An dieser Konferenz, die auf Anregung des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand zustande kommt, wird Regierungschef Markus Büchel unser Land vertreten. Die Staats- und Regierungschefs wollen in zwei Tagen über die Rolle des Europarates im neuen Europa sowie über die Stärkung der Demokratie und der Menschenrechte beraten.

Als das Fürstentum Liechtenstein am 28. September 1978 nach vorgängiger Beobachtertätigkeit in der Parlamentarischen Versammlung in Strassburg in den Europarat aufgenommen wurde, umfasste dieses europäische Gremium, das schon 1949 gegründet worden war, gerade 21 Mitgliedstaaten. Inzwischen ist der Europarat auf 31 Mitgliedstaaten angewachsen, wobei ihm alle westeuropäischen Demokratien und acht neue Demokratien in Mittel- und Osteuropa – nämlich Bulgarien, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Litauen, Polen, Slowakei und Slowenien – angehören.

Umbruch in Osteuropa

Der Umbruch in Osteuropa trug wesentlich dazu bei, dass sich der Mitgliederbestand des Europarates erhöhte.

Weil der Europarat den neuerstandenen Demokratien in Mittel- und Osteuropa den Zugang zu «Europa» öffnete, widerspiegelt die seit der Aufnahme Liechtensteins angewachsene Mitgliederliste die Neuordnung in jenem Teil Europas, der während Jahrzehnten durch Mauer und Stacheldraht vom Westen getrennt war. In absehbarer Zeit dürfte sich das internationale Gremium weiter vergrössern, da acht weitere Staaten aus dem ehemaligen Ostblock ein Beitrittsgesuch eingereicht haben: Albanien, Weissrussland, Kroatien, Lettland, Moldawien, Rumänien, Russland und Ukraine.

Aktive Rolle Liechtensteins

Aufgrund der Kleinheit des Landes hat sich Liechtenstein nach der Intensivierung seiner Aussenpolitik in den siebziger Jahren aktiv in den Gremien des Europarates beteiligt, weil der Europarat die Möglichkeit bot, in relativ bescheidenen Rahmen an der europäischen Entwicklung teilzunehmen. Prinz Nikolaus, der heute Botschafter Liechtensteins in Bern ist, vorher aber als Ständiger Vertreter in Strassburg tätig war, befuhrte schon vor Jahren eine aktive Rolle beim Europarat, weil er in diesem Gremium im Hinblick auf die Integrationsbestrebungen des Dreh- und Angelpunkt für Liechtenstein sah: «Der Europarat bietet Liechtenstein die Möglichkeit, wie keine andere Organisation,

in der es Mitglied ist, an diesem Prozess teilzunehmen. Die Organisation erleichtert es Liechtenstein, am europäischen Geschehen über die Nachbarstaaten hinaus teilzunehmen».

Tor zu Europa geöffnet

Der heutige Ständige Vertreter beim Europarat, Botschafter Dr. Josef Wolf, bezeichnet auch heute noch die Aufnahme Liechtensteins als «ganz bedeutsames Ereignis», denn damals sei der Durchbruch bei der europaweiten Anerkennung der Eigenstaatlichkeit unseres Landes gelungen: «Das Tor zu Europa wurde Liechtenstein geöffnet». Die Bedeutung des Europarates für die europäischen Staaten ist seit dem Zusammenbruch des Ostblocks gewachsen, denn die 31 Mitgliedstaaten des Europarates setzen sich aus west- und osteuropäischen Staaten zusammen. «Der Europarat ist wirklich im Augenblick die einzige Institution in Europa», unterstreicht Botschafter Wolf, «welcher Staaten aus Ost und West angehört».

Der Zusammenbruch des Ostens und die verstärkten wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen im Westen haben dem Europarat eine neue Rolle zugeordnet, die nun neu definiert werden soll. Das Gipfeltreffen der Europaratsstaaten in Wien dürfte hier neue Akzente setzen, zumal die Stärkung des Europarates und die Stärkung der demokrati-

schen Sicherheit in Europa das Haupttraktandum der zweitägigen Beratungen bilden werden.

Vorteil politischer Unbefangenheit

Botschafter Dr. Josef Wolf möchte die Erwartungen für dieses Gipfeltreffen allerdings nicht zu hoch schrauben. «Wichtig scheint mir», erklärte er bei Bekanntwerden des Treffens, «dass dieses Gipfeltreffen einen neuen Impuls gibt. Neben der Reform im Menschenrechtsbereich muss an diesem Gipfeltreffen auch ein Instrument, das den Minderheitenschutz gewährleistet, vorgelegt und akzeptiert werden».

Welche Rolle Liechtenstein in diesem Zusammenhang spielen kann, ist zwei Monate vor dieser Grossveranstaltung noch unklar. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass Kleinstaaten im Europarat in der Lage sind, sich Gehör zu verschaffen. Diese Erfahrung konnte auch der FDP-Abgeordnete Josef Büchel machen, der neben seiner Funktion als Delegationsleiter der liechtensteinischen Parlamentarier beim Europarat auch als Wahlkampfbeobachter in Polen tätig war: «Ich glaube, dass man einem Vertreter eines Kleinstaates die politische Unbefangenheit und dessen Neutralität eher abnimmt als einem Vertreter eines grossen Staates, der auch hin und wieder seine nationalen Interessen zu vertreten hat».

Zusammenarbeit über Grenzabfertigung für den Güterverkehr

Österreich, die Schweiz und Liechtenstein schlossen eine Vereinbarung für das Strassenzollamt Schaanwald wegen Grenzabfertigung

(G.M.) – Zwischen Österreich, der Schweiz und Liechtenstein ist eine Vereinbarung über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen für den Güterverkehr am Strassengrenzübergang Schaanwald – Tisis abgeschlossen worden. Das Abkommen soll gemäss Landesgesetzblatt Nr. 70 am 1. September 1993 in Kraft treten. Botschafter Roland Marxer, der im Auftrag der Regierung die Vereinbarung am 23. Juni unterzeichnet hatte, erklärte auf Anfrage, dass das Inkrafttreten zwischen den drei Ländern auf den 1. August abgemacht worden sei.

Die neue Vereinbarung stützt sich auf das Protokoll aus dem Jahre 1963 über die Grenzabfertigung, das ebenfalls von Österreich, der Schweiz und Liechtenstein unterzeichnet wurde. In ihrem ersten Artikel wird festgehalten, dass am Grenzübergang Schaanwald – Tisis auf österreichischem und liechtensteinischem Gebiet nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet werden. Die Grenzabfertigung von Österreich und der Schweiz sollen in diesen Abfertigungsstellen durchgeführt werden. Die österreichische Grenzabfertigungsstelle ist dabei der Gemeinde Feldkirch, die schweizerische Grenzabfertigungsstelle der Gemeinde Mauren zugeordnet.

Festgelegt wird in dieser Vereinbarung



Zwischen Österreich und Liechtenstein ist eine Vereinbarung über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen für den Güterverkehr in Schaanwald – Tisis abgeschlossen worden. (Archivbild)

auch der Wirkungskreis der jeweiligen Zollbediensteten. Die Zone für die schweizerischen Bediensteten umfasst demnach den das österreichische Zollge-

bäude umgebenden Amtplatz für den Güterverkehr, wobei die der Reiseabfertigung zugeordneten Räume und Flächen ausgenommen bleiben. Dazu

gehört auch das Büro für die österreichische Ausfuhrzollbehandlung mit Schaltervorraum in der südwestlichen Ecke des schweizerischen Zollgebäudes.

Schweiz: 19,7 Subventionsmilliarden

Reales Wachstum im Zweijahresdurchschnitt gleich geblieben

Bern (AP) – Der Schweizer Bund hat 1992 Subventionen von 19,7 Milliarden Franken entrichtet. Dies entspricht gut der Hälfte aller Ausgaben des Bundes, wie die Finanzverwaltung in der am Dienstag veröffentlichten «Volkswirtschaft» festhält. Die Wachstumsrate lag im Vergleich zum ausgabenstarken Jubiläumsjahr leicht tiefer, blieb im Zweijahresvergleich aber beim Durchschnitt von fünf Prozent.

Die Subventionssumme stieg im vergangenen Jahr um knapp 900 Millionen oder 4,6 Prozent auf 19,7 Milliarden Franken an, wie Fred Bangerter, wissenschaftlicher Adjunkt der Sektion Finanzausgleich und Statistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung weiter schreibt. Die relativ geringe Zunahme der Bun-

desbeiträge im Vergleich zum Vorjahr sei dabei weitgehend auf den Effekt des ausgabenstarken Jubiläumsjahres zurückzuführen. Im aussagekräftigeren Zweijahresdurchschnitt sei das teuerungsbereinigte Realwachstum jedoch unverändert hoch bei etwa fünf Prozent pro Jahr geblieben.

Knapp vier Fünftel aller Subventionen gingen an die drei Bereiche Soziale Wohlfahrt (38 Prozent), Verkehr (26 Prozent) sowie Landwirtschaft und Ernährung (15 Prozent). Weitere 18 Prozent teilten sich die Bereiche Bildung und Grundlagenforschung (8 Prozent), Beziehungen zum Ausland (7 Prozent) sowie Umwelt und Raumordnung (3 Prozent). Zwei Prozent der Beträge flossen in die restlichen subventionierten Bereiche.

«Todesstrecke» wird ausgebaut

Weiteres Teilstück der Rheintaler N13 wird realisiert

St.Gallen (spk) Nach langem Warten auf die Realisierung eines weiteren Ausbaustückes der als «Todesstrecke» berüchtigten N13 im St.Galler Rheintal hat der Kanton von Bundesrat Ogi grünes Licht erhalten. Ab dem 16. August wird gebaut.

Allerdings geht es zunächst erst um den Ausbau des 5,5 Kilometer langen Abschnittes auf vier Spuren zwischen der Rietbrücke bei Diepoldsau und dem Fohlenhof bei Montlingen. Noch immer nicht baureif sind das zwei Kilometer lange Teilstück Montlingen-Süd, wo um einen Tunnel gestritten wird, sowie die unterste, noch nicht richtungstrennte Teilstrecke zwischen Au und Diepoldsau.

Für den vor der Realisation stehenden

Abschnitt rechnen die Verantwortlichen mit einer rund dreijährigen Bauzeit und Kosten von 35 bis 40 Mio Franken. Um nicht weiteren Verzögerungen beim N13-Teilstück Vorschub zu leisten, wurde die strittige Frage der Breite einer Ökobrücke zunächst aus dem Bauprojekt gekippt und auf einen separaten Verhandlungsweg verwiesen.

Der Ausbau der seit rund 25 Jahren in Betrieb stehenden, als «Todesstrecke» mehrfach nationale Schlagzeilen auslösenden zweispurigen Nationalstrasse von Au bis Haag zu einer 27 Kilometer langen, vierspurigen und richtungstrennten Autobahn wurde in den achtziger Jahren aus Gründen der Verkehrssicherheit an die Hand genommen.

Schweizer Industrie läuft auf Sparflamme

Bern (spk) – Die Schweizer Industrie hat im 1. Quartal 1993 einen gedämpften Geschäftsverlauf verzeichnet. Besonders die Binnennachfrage litt weiterhin unter der gedrückten Konsumentenstimmung und der Investitionsflaute.

Die Industrieproduktion sank gegenüber dem Vorjahresquartal gesamthaft um vier Prozent, wie «Die Volkswirtschaft» in ihrer jüngsten Ausgabe berichtet. Gar einen zweistelligen Rückgang erlitten die Industrie der Steine und Erden, die Maschinen- und Apparateindustrie sowie die Textilindustrie. Demgegenüber steigerte die im Jahresverlauf stets starken Schwankungen unterworfenen Uhrenindustrie ihre Produktion um rund einen Viertel. Eine leicht höhere Produktionsleistung verzeichneten auch die Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie – dank einer Kapazitätsausweitung – auch die Papierindustrie.

Die Auftragseingänge sind insgesamt um fünf Prozent zurückgegangen, was auf die stark rückläufige Binnennachfrage zurückgeführt wird. Mit Ausnahme der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, welche einen leicht zunehmenden Auftragseingang meldete, verzeichneten sämtliche erhobenen Branchen tiefere Aufträge als vor Jahresfrist. Der Zinsrückgang am Kapitalmarkt und die abgeschwächte Inflation hätten in der Berichtsperiode somit noch keine Nachfragebelebung nach industriellen Gütern bewirkt, schreibt «Die Volkswirtschaft» weiter.

Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Verfassung der wichtigsten Handelspartner der Schweiz verharteten die Auftragseingänge aus dem Ausland im 1. Quartal 1993 auf dem Vorjahresniveau.

DENNER-Satellit

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Nektarinen
1 kg Fr. 2.40
Blumenkohl
1 kg Fr. 2.50
Kopfsalat
Stk. Fr. 1.10

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.